

N I E D E R S C H R I F T

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

vom:	26.06.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	17:35 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen:

Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender ab 16.15 Uhr -
Eberlein, Klaus-Peter
Eger-Kahleis, Brigitte
Kaiserling, Carl-Norbert
Kamieth, Jens
Katz, Reinhilde
Krombach, Ulrich
Neubauer, Hans Peter
Rujanski, Detlef
Schmidt, André - bis 16.15 Uhr Ausschussvorsitzender -
Sondermann, Brigitte - für AM Tigges, Johannes -
Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika -
Wolters, Maria - für AM Nell, Karl-Heinz -

II. Beratende Mitglieder:

Herberg-Marburger, Beate - für Stv Nauck, Gerda -
Griffig, Thomas - bis 17.25 Uhr, Ende TOP 7 -
Kill, Erika
Mücke, Helga

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:Nicht anwesend waren:

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ab 15.00 Uhr eine Besichtigung der Übergangseinrichtungen Fludersbach und St.-Johann-Str. statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Krombach bestimmt.

17. AfSFS 26.06.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift vom 15.05.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Zur Niederschrift vom 23.05.2002 merkt Herr Krombach zu TOP 7 an, dass die Verwaltung Zusagen bezüglich einer liberalen Handhabung bei der Zuweisung in die Übergangswohnheime gemacht hat. Zudem sei längerfristig ein Konzept zum weiteren Verfahren dienlich.

Sodann wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

17. AfSFS 26.06.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

17. AfSFS 26.06.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

17. AfSFS 26.06.2002

**5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
- Verwendungsbericht**

Vorlagennr. 1985/2002

Die Herren Krombach und Schmidt loben die gut ausgearbeitete Vorlage.

Herr Rujanski betont besonders die Eigenleistungen in Höhe von 400.000 DM.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

**6. Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler
Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und
Landesförderung
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug**

Vorlagennr. 2025/2002

Als positiv erachtet Herr Schmidt, dass die Gleichstellungsstelle bemüht ist, öffentliche Förderungen zu erhalten.

Dennoch sieht er einige Schwierigkeiten in den Rahmenbedingungen des Gender Mainstreaming. Es ist fraglich, ob weitere Verkaufskräfte benötigt werden, da oftmals ungelernte Aushilfen eingestellt werden.

Im Einzelhandel handelt es sich um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, mit denen eine Bestreitung des Lebensunterhalts nicht möglich ist, so Frau Mücke.

Frau Eger-Kahleis ist der Ansicht, dass den Frauen gerade im Hinblick auf die lange Ausbildungszeit keine Ausbildung aufgezwungen werden kann.

Herr Fischer weist darauf hin, dass die Möglichkeit, einen Beruf zu ergreifen ohne über eine geeignete Ausbildung zu verfügen heutzutage fast unmöglich ist. Durch die Maßnahme werden zwar keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, aber den teilnehmenden Frauen wird die Gelegenheit gegeben, am aktiven Arbeitsleben teilzuhaben.

Nach Auffassung von Herrn Rujanski handelt es sich bei dieser Maßnahme um den

richtigen Weg. Für die Frauen wird ein gefestigter Arbeitsrhythmus geschaffen, der sie in dem Wunsch unterstützt, einen Teil des Lebensunterhaltes selbst aufzubringen.

Auch Herr Kamieth befürwortet diese Art von Qualifizierung. Er regt an, eine Art Grundausbildung anzubieten und danach eine Aufgliederung in die verschiedenen Einzelhandelsbereiche vorzunehmen.

Frau Dellori verdeutlicht, dass dies finanziell nicht möglich ist. Für ein solch langfristiges Unternehmen bestehen kaum Förderungsmöglichkeiten.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

- 7. Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch**
- **Ziele der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung nach § 117 Abs. 1 und 2 BSHG**
- **Besondere Ermittlungen nach § 67 a SGB X**

Vorlagenr. 2010/2002

Herr Schmidt kann sich nicht vorstellen, dass der Sozialhilfemissbrauch lediglich bei 5 % liegt. Es ist bundesweit bekannt, dass die Zahlen höher sind. Durch Zugrundelegung eines Datenabgleichs werden die Ergebnisse unvollständig wiedergegeben. Seines Erachtens muss das Sozialamt mehr dezentraler arbeiten, um die Dunkelziffern zu ermitteln.

Herr Krombach gibt zu bedenken, dass sich viele Menschen unverschuldet im Sozialhilfebezug befinden. Von einer Generalisierung sollte abgesehen werden.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

- 8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5**
- **Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagenr. 2016/2002

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Axel Roth

Datum
03.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
Jugendhilfeausschuss	02.07.2002
Ausländerbeirat	16.07.2002

Betreff:

Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus - Verwendungsbericht

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen, der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen und der Ausländerbeirat des Rates der Stadt Siegen nehmen den Verwendungsbericht lt. Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Das Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 15. August 2000 bekanntlich beschlossen, kommunale Projekte gegen Rechtsextremismus zu fördern. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung ein "Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" ins Leben gerufen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt, der Grundlage für weitere Konkretisierungen und Abstimmungen mit möglichen Bündnispartnern sein sollte. Auf dieser Basis hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen jeder Stadt und Gemeinde in NRW pauschal eine Mark pro Einwohner zur Förderung von kommunalen Projekten gegen rechte Gewalt zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Siegen hat aufgrund ihrer Einwohnerzahl mit Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 28.09.2000 für die Durchführung von Projekten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus einen Betrag in Höhe von 110.012 DM zur Verfügung gestellt bekommen.

Das Landesprogramm hat eine sehr große Resonanz in Siegen gefunden. Es sollten Projekte in einem Kostenvolumen von insgesamt ca. **550.000 DM** stattfinden. Auch wenn einige Projekte aufgrund der begrenzten Fördermittel nachträglich abgesetzt worden sind, haben insgesamt Projekte in Höhe von ca. **½ Million DM** stattgefunden.

Nach Abzug der Landesmittel haben die Träger somit insgesamt ca. **400.000 DM durch Eigenleistungen** akquiriert.

Das Landesprogramm hat viel bewegt in der Region Siegen und konnte sehr erfolgreich abgeschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich	1	Datum
Fachbereich	Gleichstellung von Frau und Mann	23.05.2002
Bearbeitet von:	Helga Dellori	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und Landesförderung
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Berichterstattung zum Qualifizierungsprojekt für Frauen im Sozialhilfebezug - Verkäuferin in Teilzeit - zur Kenntnis. Die Kooperations- und Finanzierungsstruktur - Sozialhilfeträger - Arbeitsamt und EU-Förderung über das Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, Gleichstellungsstelle und DAA Deutsche Angestellten Akademie wird aufgrund der gebündelten fachlichen und finanziellen Ressourcen begrüßt.

Die Weiterförderung des für arbeitslose Frauen sehr wichtigen sozialpädagogischen Dienstes zum beruflichen Wiedereinstieg und die Berichterstattung zur Arbeit in 2001 nimmt der Rat der Stadt zur Kenntnis.

Beide Maßnahmen sind praktische Bausteine zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit innerhalb der regionalen Arbeitsmarktpolitik .

Sachverhalt / Begründung:

Die aktuellen Beschlüsse des Verwaltungsvorstandes zum Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung im April und Juli 2001 beinhalteten auch einen klaren Auftrag an die Gleichstellungsstelle die Arbeiten für zwei bereits begonnene Projekte fortzusetzen; um gezielt für Frauen, als größte Gruppe im Sozialhilfebezug, Qualifizierungskonzepte, möglichst mit Berufsabschluss zu entwickeln und vorhandene Beratungsstrukturen zu sichern.

Seit Jahren ist die gemeinsame Entwicklung von Qualifizierungskonzepten für Frauen mit unterschiedlichen Eingangsqualifikationen mit den verschiedenen regionalen Arbeitsmarktakteuren ein Arbeitsschwerpunkt der Gleichstellungsstelle und spezifische Aufgabe des Projektes Kommunalstelle Frau und Beruf.

Die Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit sollte sich ausschließlich an Frauen im Sozialhilfebezug aus der Stadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein richten. Dadurch war bereits in der Planungsphase, insbesondere wegen der gemeinsamen Finanzierung, eine enge Kooperation mit dem örtlichen Sozialhilfeträger und dem FB 5 der Stadt Siegen, der Arbeitsverwaltung und dem Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe sowie dem örtlichen Bildungsträger DAA Deutsche Angestellten-Akademie selbstverständlich gegeben.

2. Ausgangssituation:

Aus der aktuellen Sozialberichterstattung des Kreises Siegen-Wittgenstein geht hervor, dass der Anteil Frauen im Sozialhilfebezug trotz sinkender Sozialhilfezahlen insgesamt weiterhin bei 58,7 % liegt. Die Stadt Siegen liegt mit einem Anteil von 58,2 % geringfügig unter dem Durchschnittswert.

42 % der Sozialhilfebeziehenden sind getrennt lebend oder geschieden. Daraus wird deutlich, dass für Frauen Trennung/Scheidung eine Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit ist. Die Auswirkungen für Frauen mit Kindern sind ungleich negativer, da Frauen in der Region Siegen-Wittgenstein überproportional ihre Berufstätigkeit und damit die eigenständige Existenzsicherung wegen der Kinderbetreuung aufgeben oder längere Zeit unterbrechen. Damit steigt im Falle von Trennung und Scheidung das Risiko des Sozialhilfebezugs; nach dem aktuellen Sozialbericht + 2,1 %.

Alleinerziehende sind kreisweit mit 17,3 % als Sozialhilfebeziehende vertreten, dies sind fast ausschließlich Frauen. In Ein-Eltern-Familien mit mehreren Kindern steigt das Armutsrisiko überproportional. Vielfach können Alleinerziehende wegen der unzureichenden oder nicht an den Arbeitsmarkterfordernissen angepassten Kinderbetreuungsangebote nur Teilzeit arbeiten, vielfach mit niedrigem Einkommen.

Diese Ausgangssituation macht vor dem Hintergrund des Gender Mainstreaming die strukturellen Benachteiligungen von Frauen aufgrund der Übernahme von Familienaufgaben und Kinderbetreuung deutlich.

Zum Ausgleich sollen, ganz im Sinne der Zielformulierungen des Amsterdamer Vertrages, die Mitgliedsstaaten Maßnahmen zum Ausgleich voran bringen, die dem Ziel der gesellschaftlichen Geschlechtergerechtigkeit dienen.

3. Konzeption:

Angesichts der regionalen Struktur mit ausgeprägter Beschäftigungsdomäne für Frauen im Handel, insbesondere auch mit einem hohen Anteil Teilzeitarbeitsplätzen und vergleichsweise konstantem Bedarf an ausgebildetem Fachpersonal erscheint die Umschulung zur Verkäuferin mit anerkanntem Berufsabschluss als Teilzeitangebot für die Zielgruppe sehr geeignet.

Bisherige Überlegungen, gezielt für Sozialhilfebeziehende Qualifizierungen anzubieten, scheiterten an der Finanzierungsproblematik.

Insofern ist die jetzt realisierte Kooperation verschiedener Träger und Finanzierungsquellen eine Lösung, die es ermöglicht, dass die Beteiligten jeweils die Leistungen einbringen, die der Kernaufgabe entsprechen. Es ist übereinstimmendes Interesse der beteiligten Arbeitsmarktakteure, fachliche und finanzielle Ressourcen in der Region zu bündeln, um gezielt für Frauen im Sozialhilfebezug eine Auswegperspektive zu eröffnen.

- ✓ Der Sozialhilfeträger stellt während der Qualifizierungszeit den Lebensunterhalt durch Fortzahlung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) nach BSHG sicher.
- ✓ Das Arbeitsamt finanziert die Maßnahmekosten sowie Fahrtkosten- und Kinderbetreuungszuschüsse nach SGB III / bzw. JOB-AQTIV-Gesetz.
- ✓ Das Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe finanziert die sozialpädagogische Begleitung und ein Qualifizierungsgeld für die Zeit der Umschulung aus dem regionalen Budget (Politikfeld E) aus Fördermitteln des ESF der Europäischen Union und des Landes NRW.
- ✓ Die Stadt Siegen leistet über die verfügbaren Personal- und Sachressourcen der Gleichstellungsstelle – im Rahmen des Schwerpunktes Frau und Beruf – die Vorarbeiten zur Projektentwicklung, Antragstellung, Teilnehmerinnenakquise und Einzelberatung, Umsetzung des Projektes, Projektmanagement, Mittelbewirtschaftung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Arbeitsgruppe Arbeit statt Sozialhilfe des Kreises Siegen-Wittgenstein und die Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe stellten Daten potenzieller Interessentinnen zur Verfügung und sind an der Teilnehmerinnenauswahl beteiligt.

- ✓ Die DAA Deutsche Angestellten-Akademie ist für die Fachvermittlung der Lehrgangsinhalte zuständig. Die Konkretisierung erfolgt über eine Kooperationsvereinbarung, die die fachlichen und organisatorischen Zuständigkeiten regelt.

4. Orientierungskurse und Umschulung in Teilzeit:

Erstmals wird in der Region eine Umschulung zur Verkäuferin mit anerkanntem IHK-Abschluss in Teilzeit angeboten. Dies erfordert eine vergleichsweise lange Lehrgangsdauer von 22 Monaten.

Für die Klärung von Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Motivation und erfolgreiche Teilnahme ohne größere Abbruchquoten sind vorgeschaltete Orientierungskurse sinnvoll.

Deshalb finden zwei Orientierungskurse mit je 40 Lehrgangsstunden für insgesamt 48 Teilnehmerinnen statt. Für die ab 02.09.2002 startende Umschulung mit 1.828 Stunden, davon 25 % betriebliche Praxis, stehen 24 Plätze zur Verfügung. Die Lehrgangszeiten sind jeweils Mo – Fr von 8.15 – 11.30 Uhr.

Gesamtlaufzeit 24.06.2002 – 30.06.2004.

Orientierungskurse: 24.06. – 05.07.2002 und 08.07. – 19.07.2002.

Umschulung: 02.09.2002 bis 30.06.2004 (22 Monate).

5. Rahmenbedingungen:**5.1 Sozialpädagogische Begleitung**

Aus der Erfahrung verschiedener Qualifizierungsprojekte ist die Notwendigkeit und der nachweisliche Zusammenhang von pädagogischer Begleitung und erfolgreicher Teilnahme der Zielgruppe Frauen mit Kindern sehr deutlich.

Auch für die geplante Qualifizierung zur Verkäuferin benötigen die Teilnehmerinnen große Motivation, ein erhebliches Maß an Lernkompetenzen und Selbstbewusstsein, damit sie sich den realen Schritt aus der Sozialhilfe in den ersten Arbeitsmarkt sicher zutrauen.

Hinzu kommen die alltagspraktischen organisatorischen Probleme im Hinblick auf Kinderbetreuung, Erkrankung von Kindern, Ferienbetreuung, Umorganisation des gesamten familiären Ablaufs und der Arbeitsteilung für den Haushalt, sofern es eine solche gibt.

Diese Rahmenbedingungen haben Männer zeitgleich mit der Teilnahme an einer Qualifizierung in der Regel nicht. Insofern ist die Bereitstellung einer pädagogischen Fachkraft ein klassischer Baustein im Sinne des Gender-Mainstreaming. Mit diesem Instrumentarium, genauso wie mit dem des Kinderbetreuungszuschusses kann ein Beitrag geleistet werden, um strukturelle Ungleichgewichte beim Zugang von Frauen zu Qualifizierungen abzubauen. Gleichzeitig ist dies eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme von Frauen, eine niedrige Abbruchquote und eine erfolgreiche Praktikumsphase.

5.2 Begründung zur Ausstattung der Maßnahme mit Qualifizierungsgeld:

Das Qualifizierungsgeld soll Mehraufwendungen, die durch die Teilnahme an der Umschulung entstehen ausgleichen. Dies gilt insbesondere für Fahrtkosten und Unterrichtsmaterialien, PC-Ausstattung und sonstige Aufwendungen, die durch die Teilnahme an der Qualifizierung entstehen.

Hier ist die Lebenssituation von Frauen, insbesondere der Zielgruppe – Frauen im Sozialhilfebezug - unter Gender-Aspekten zu berücksichtigen. Wenn Frauen nach familienbedingter Berufsunterbrechung an einer längeren Qualifizierung teilnehmen und diese Teilnahme zusätzlich zu den organisatorischen und psychischen Belastungen auch noch das Familienbudget belastet, stellt dies ein spezifisches Hemmnis bei der Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen und deren gleichberechtigter Partizipation an den regionalen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung dar.

Dies gilt insbesondere für Frauen im Sozialhilfebezug, die mit der Hilfe zum Lebensunterhalt lediglich die Grundversorgung abdecken können und für zusätzliche Aufwendungen keine finanziellen Ressourcen haben.

Besonders für Frauen mit Kindern, die nach längerer Berufspause die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zusätzlich die Lernsituation neu organisieren und bewältigen müssen, ist professionelle Unterstützung erforderlich.

Insgesamt wird der Förderung der Motivation sowie der Erweiterung von Lernkompetenzen und der Förderung des Selbstbewusstseins erhebliche Bedeutung zukommen, damit die Teilnehmerinnen sich den realen Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zutrauen. Aus Sicht der Arbeitsverwaltung besteht das Erfordernis, die Teilnehmerinnen frühzeitig auf die Anforderungen im Handel bezüglich flexibler Arbeitszeiten vorzubereiten, um den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt so gut wie möglich vorzubereiten.

Dies erfordert eine gute Organisation der alltagspraktischen Probleme im Hinblick auf Kinderbetreuung, Erkrankung von Kindern, Ferienbetreuung, Umorganisation des gesamten familiären Ablaufs.

5.3 Kinderbetreuung

Immer noch steht und fällt die Berufstätigkeit von Frauen mit einem wohnortnahen, verlässlichen und finanzierbaren Kinderbetreuungsangebot. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Frauen. Wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie arbeiten überwiegend Frauen in Teilzeit. Dies führt vielfach dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann, da insbesondere in den traditionellen Frauendomänen Handel und Dienstleistungen, die Einkommen insgesamt erheblich niedriger sind als im Handwerk und in der Industrie. Demgegenüber stehen ungünstige Arbeitszeiten z.B. am Wochenende und an langen Dienstleistungsabenden. Dafür gibt es in der Stadt Siegen aber auch im Kreisgebiet keine institutionellen Kinderbetreuungsangebote. Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten oder eine Arbeit aufnehmen wollen, sind entweder auf familiäre und / oder freundschaftlich- nachbarschaftliche Unterstützung für die Kinderbetreuung angewiesen oder auf eine Tagesmutter. Diese Form der Kinderbetreuung ist für Frauen mit niedrigen Einkommen nur realisierbar, wenn Anspruch auf wirtschaftliche Jugendhilfe nach KJHG besteht; eine private Finanzierung ist meistens ausgeschlossen.

Finanzierungsmöglichkeiten nach BSHG werden derzeit mit dem Sozialhilfeträger ausgelotet. Für die Zeit der Umschulung stehen bei Bedarf Zuschüsse der Arbeitsverwaltung nach den neuen Bestimmungen des Job-Aktiv-Gesetzes zur Verfügung.

Die Service-Stelle-Kinderbetreuung leistet bereits jetzt im Vorfeld wesentliche Unterstützung in Form von Beratung und konkreten Schritten zur Lösung von anstehenden Engpässen für die Kinderbetreuung der Teilnehmerinnen.

Die 48 Teilnehmerinnen der Orientierungskurse zur Vorbereitung auf die Umschulung zur Verkäuferin in Teilzeit haben 74 Kinder zu betreuen, davon jeweils rund ein Drittel bis 6 Jahre, bis 12 Jahre und über 12 Jahre.

6. Projektvolumen – Finanzierung:

Institution	Leistung	Grundlage	Summe / %-Anteil
Sozialhilfeträger	Lebensunterhalt:	BSHG	338.679 € 53 %
Arbeitsamt	Maßnahmekosten Fahrtk./Orientierungsk. Kibe-zuschüsse	SGB III JOB-AQTIV- Gesetz	146.834 € 23 %
Regionalsekretariat Landes-/EU-Förd.	Personalkosten für Soz.päd. Begleitung Qualifizierungsgeld Während Umschulung	Regionales Budget EU-Förderphase 2000-2002	153.602 € 24 %
Stadt Siegen Gleichstellungsstelle	Eigenanteil: Projektvorbereitung, Finanzierung, Antrag und Umsetzung Teiln.-Akquise, Einzelberatung, Projektmanagement Mittelbewirtschaftung Öffentlichkeitsarbeit	§ 5 GO NRW i.V. mit § 4 Hauptsatzung Arbeitsschwer- Punkt Frau und Beruf	Gegenwert nicht beziffert. Finanzierung aus Personal- und Sach- ressourcen der lfd. bewil- ligten Haushaltsmitteln UA 1.025
Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe	Daten Interessentinnen TN-Auswahl	BSHG §§ 18-20	Personalressource aus lfd. bewilligten Haushaltsmitteln
Kreis Si-Wi AG Arbeit statt Sozialhilfe	Daten Interessentinnen TN-Auswahl	BSHG §§ 18-20	Personalressource aus Lfd. bewilligten Haushalts- mitteln
Kalkuliertes Projektvolumen			639.115 € 100 %

7. Sachstand zur Umsetzung des Qualifizierungsprojektes:

Der Projektantrag der Stadt Siegen, Gleichstellungsstelle, beim Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe erhielt in der Sitzung des Beirates des Regionalsekretariates, am 12.04.2002, die Zustimmung, d. h. den Regionalen Konsens.

Auf dieser Grundlage wurde die Bewilligung der EU-/Landesförderung beim zuständigen Versorgungsamt Köln beantragt. Die Zuwendungsbescheide für die Orientierungsmaßnahmen liegen mit Datum vom 07.05.02 vor. Der Zuwendungsbescheid für die Umschulung wird in Kürze erwartet.

Vorausgegangen waren ausführliche Abstimmungsgespräche mit allen beteiligten Arbeitsmarktakteuren, um insbesondere die Finanzierungskonzeption BSHG / SGB III und EU-Förderung zu realisieren. Im Gesprächstermin am 19.02.02 wurde Einvernehmen zur inhaltlichen und finanziellen Konzeption des Projektes im Vorfeld mit allen Beteiligten erzielt; als Voraussetzung für den Projektantrag. Parallel wurden während des Antragsverfahrens bereits alle Vorarbeiten erledigt, um direkt im Anschluss an die Beiratsentscheidung die Interessentinnen zu Infoveranstaltung und Einzelberatung einladen zu können.

7.1 Teilnehmerinnen-Akquise:

Aufgrund der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Arbeit statt Sozialhilfe des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe der Stadt Siegen wurden 140 Frauen im Sozialhilfebezug als potenzielle Interessentinnen am 12.04.02 angeschrieben und zu einer Informationsveranstaltung und anschließenden Einzelberatung, am 18.04.02 eingeladen.

Angesichts der knappen Frist war einkalkuliert, dass ggf. eine zweite Informationsveranstaltung erforderlich sein würde.

Vor dem ersten Info-Termin meldeten sich allein 45 Frauen telefonisch bei der Gleichstellungsstelle und nannten ihre aktuelle Lebenssituation und die Gründe für die Nichtteilnahme.

Von diesen 45 Frauen waren 18 bereits ausgebildete Verkäuferinnen, 23 in Arbeit, teils jedoch nicht mit existenzsicherndem Einkommen, so dass weiter Anspruch auf Wohngeld bzw. ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt besteht.

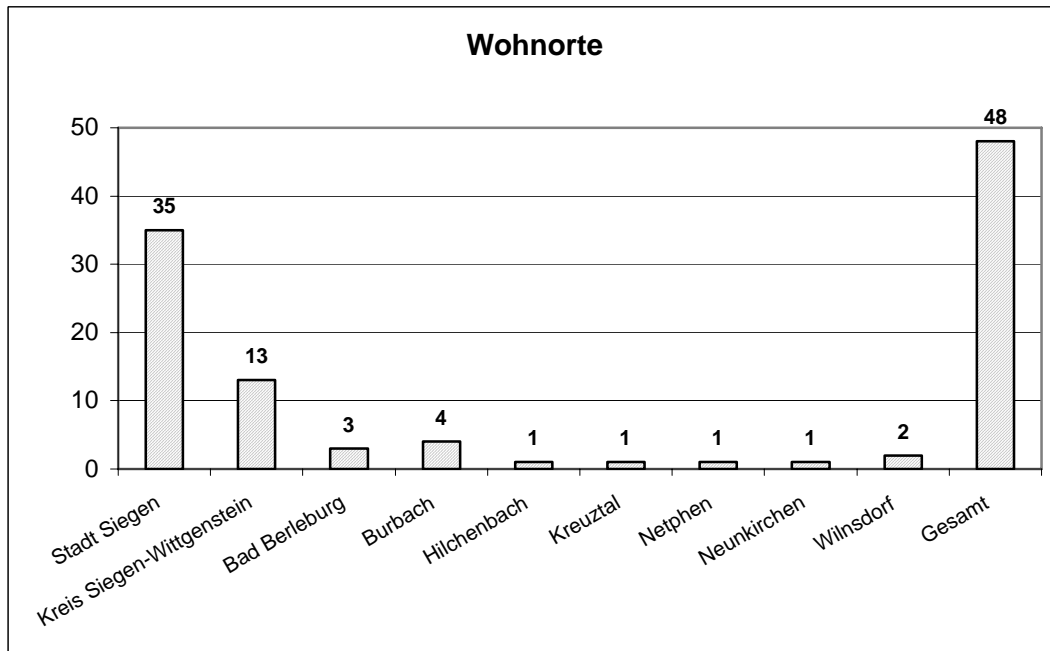
Zur ersten Info-Veranstaltung am 18.04.02 wurden 139 Frauen angeschrieben, 45 waren anwesend, 48 nahmen nicht teil mit Angabe von Gründen, 46 Frauen reagierten nicht.

Zur zweiten Info-Veranstaltung am 07.05.02 wurden 114 Frauen angeschrieben (incl. der 46, die auf die erste Einladung nicht geantwortet hatten), 32 waren anwesend, 27 nahmen nicht teil mit Angabe von Gründen, 55 Frauen reagierten nicht.

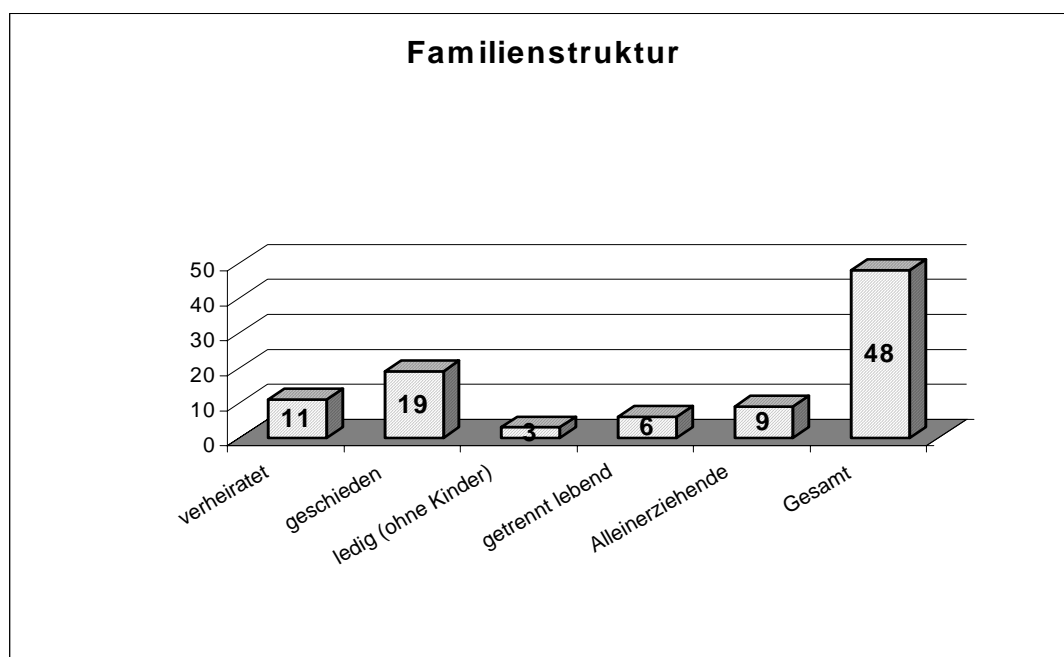
Nach einem abgestimmten Kriterienraster erfolgte die Auswahl der Teilnehmerinnen für die beiden Orientierungskurse, einschließlich einer Nachrückliste. Es bestand Einvernehmen aller Beteiligten, der Eigenmotivation zur Teilnahme einen besonderen Stellenwert einzuräumen, da dies erfahrungsgemäß die erfolgreiche Teilnahme fördert und die Abbruchquote gering gestaltet. Evtl. erforderliche Sanktionen im Rahmen des BSHG wegen fehlender Mitwirkung werden nach individueller Beurteilung des Sachverhaltes vom Sozialhilfeträger entschieden.

7.2 Statistische Auswertungen:

Von 48 Teilnehmerinnen der für die Orientierungskurse ausgewählten Teilnehmerinnen kommen 35 aus der Stadt Siegen (73 %), 13 aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein (27 %); davon 3 aus Bad Berleburg, 4 aus Burbach, 1 aus Hilchenbach, 1 aus Kreuztal, 1 aus Netphen, 1 aus Neunkirchen, 1 aus Netphen und 2 aus Wilnsdorf.



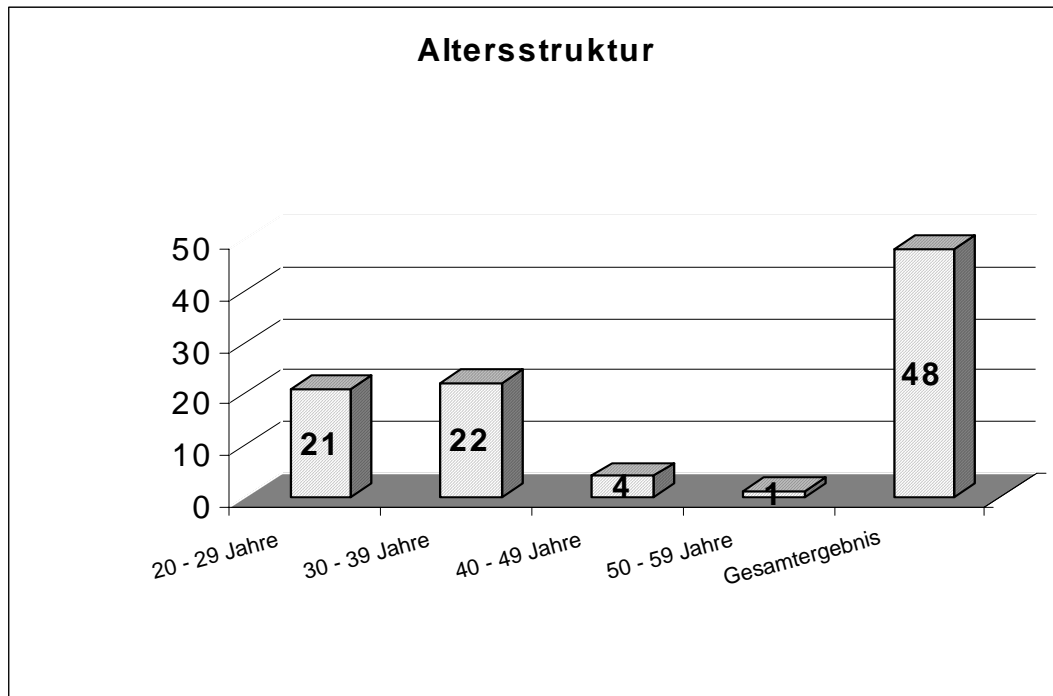
34 Frauen sind alleinerziehend, getrennt lebend, geschieden.



Das Durchschnittsalter der Teilnehmerinnen ist 30 Jahre.

Von 48 Teilnehmerinnen sind im Alter:

- von 20 bis 29 Jahren - 21 Frauen
- von 30 bis 39 Jahren - 22 Frauen
- von 40 bis 49 Jahren - 4 Frauen
- über 50 Jahre - 1 Frau

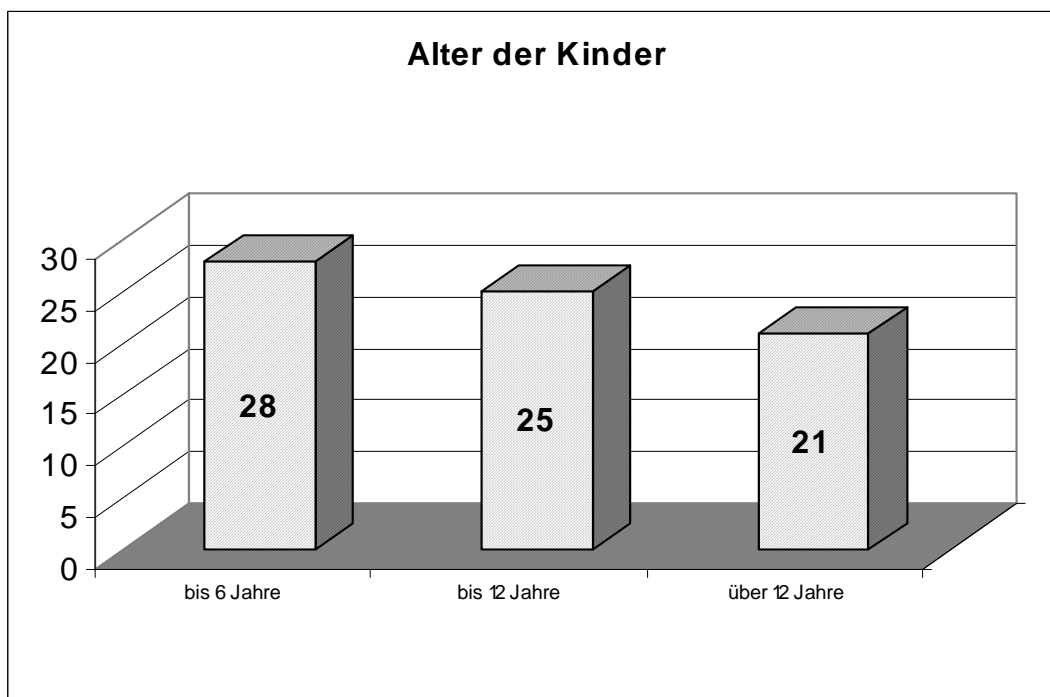


Alle Frauen zusammen haben 74 Kinder zu betreuen, davon

28 Kinder bis 6 Jahre

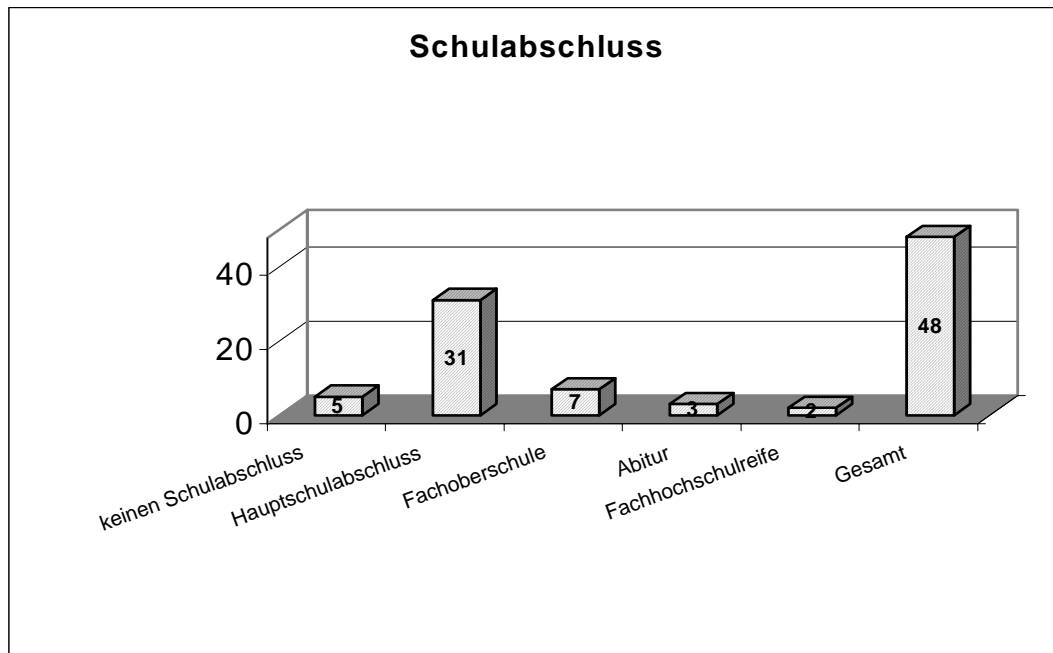
25 Kinder bis 12 Jahre

21 Kinder über 12 Jahre

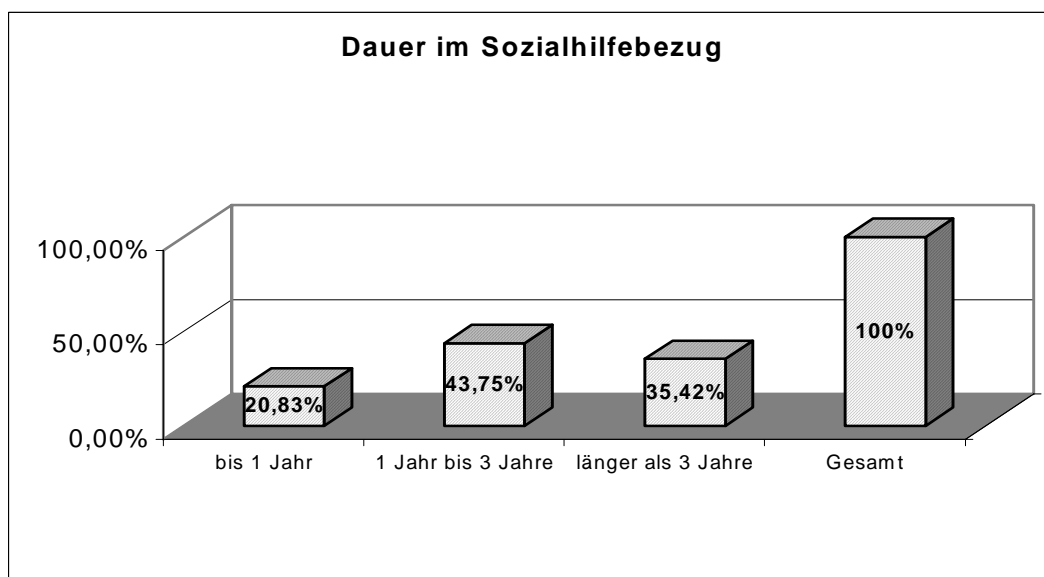


43 Frauen haben einen Schulabschluss, davon haben:
 31 Hauptschulabschluss, 7 Fachoberschulreife, 3 Abitur und 2 Fachhochschulreife
 5 Frauen haben keinen Schulabschluss

12 Frauen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung
 36 Frauen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung



21 % der Teilnehmerinnen sind bis 1 Jahr im Sozialhilfebezug
 44 % der Teilnehmerinnen sind bis 3 Jahre im Sozialhilfebezug
 35 % der Teilnehmerinnen sind länger als 3 Jahre im Sozialhilfebezug



Die 18 Frauen im Sozialhilfebezug, die bereits eine abgeschlossene Ausbildung als Verkäuferin haben, wurden erneut angeschrieben und auf eine Info-Veranstaltung und Trainingsmaßnahme des Arbeitsamtes und der DAA Deutschen Angestellten-Akademie für Verkäuferinnen aufmerksam gemacht.

Für Interessentinnen, die in diese Qualifizierung – Verkäuferin in Teilzeit - nicht einbezogen werden können, sollen andere abgestimmte Auswegkonzepte erarbeitet werden. Dies erfordert weitere ausführliche Individualberatung. Dazu gibt es derzeit bei der Stadt Siegen keine ausreichende Personalressource.

Die mit EU-Förderung über das Arbeitsamt bestehende Teilzeitstelle - sozialpädagogischer Dienst zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen – bei der Gleichstellungsstelle ist bis zum 31.12.2002 befristet. Die seinerzeit vorgeschlagene Einbindung in das Konzept kommunaler Beschäftigungsförderung bei der Stadt Siegen wurde bislang nicht realisiert. Aus dem aktuellen Bericht für das Jahr 2001 geht hervor, dass von den 157 Frauen, die diese Beratung in Anspruch genommen haben, 15 % Sozialhilfe beziehen.

Bei fiskalischer Betrachtung der rund 2.350 € Personalkosten pro Monat für diese Teilzeitstelle wäre bereits angesichts einer kalkulatorisch üblich angenommenen Summe von 614 € pro Sozialhilfebeziehenden eine lohnende Investition für die Stadt Siegen gegeben, wenn es gelingt eine 4 Monate dauernde Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu realisieren anstelle des Sozialhilfebezugs.

Der Bericht für das abgelaufene Jahr 2001 weist aus, dass 11 % der Ratsuchenden ein sozialversichertes Arbeitsverhältnis aufgenommen haben und weitere 34 % im Berichtszeitraum eine Qualifizierung begonnen haben.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle UA 025
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Hülsmann

Datum
04.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

26.06.2002

Betreff:

Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch
- Ziele der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung nach § 117 Abs. 1 und 2 BSHG
- Besondere Ermittlungen nach § 67 a SGB X

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über die Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Seit Jahren wird eine mehr oder weniger heftige öffentliche Diskussion über die missbräuchliche Inanspruchnahme von Hilfe zum Lebensunterhalt und dessen Umfang geführt. In weiten Kreisen der Bevölkerung und auch in der Politik ist dabei der Eindruck entstanden, dass eine hohe Missbrauchsquote vorliegt und bei konsequenter Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs enorme Einsparungen im Sozialhilfeeat zu erzielen sind.

Außerdem ist der Eindruck entstanden, dass die Sozialämter zu lasch an die Verhinderung des Sozialhilfemissbrauchs herangehen und auch nicht das erforderliche Instrumentarium für erfolgreiche Gegenmaßnahmen haben.

Im Mittelpunkt stehen u. a. folgende Missbrauchsformen:

- Verschweigen von Erwerbseinkommen und Vermögen
- missbräuchlicher (nicht mitgeteilter) Parallelbezug von Sozialleistungen
- Verschweigen einer eheähnlichen Gemeinschaft im Sinne von § 122 BSHG

- Manipulation der Unterkunftskosten und bei einmaligen Beihilfen für Hausrat, Bekleidung usw.

Der Gesetzgeber hat den Sozialämtern ein ganzes Maßnahmenbündel im BSHG, im SGB I und X, im Einkommensteuergesetz usw. zur Verfügung gestellt, damit Absichten zum Sozialhilfemissbrauch bereits im Vorfeld verhindert werden können. Dazu gehören die Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten des Hilfeempfängers, der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe, die konkrete Arbeitsverpflichtung sowie automatisierte Datenabgleiche zwischen Sozialhilfeträgern und vorrangigen Leistungsträgern sowie sonstigen Behörden und die Möglichkeit, besondere Ermittlungen anzustellen.

Als wirksamstes Instrumentarium zur Aufdeckung, Verfolgung und Abschreckung von missbräuchlicher Inanspruchnahme der Sozialhilfe ist die am 01.01.1998 in Kraft getretene „Verordnung zur Durchführung des § 117 Abs. 1 und 2 BSHG“, die dem Sozialhilfeträger ermöglicht, am automatisierten Datenabgleich teilzunehmen.

Über diesen Datenabgleich lässt sich feststellen, ob Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe in dem zum Abgleich kommenden Zeitraum

- Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (u. a. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld) beziehen,
- Leistungen aus der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung erhalten,
- einer versicherungspflichtigen und/oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen oder
- über Zinseinnahmen aus angelegtem Vermögen verfügen.

Auch der Kreis Siegen-Wittgenstein hat seine Teilnahme an dem automatisierten Datenabgleich gegenüber dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger in Würzburg (VDR Würzburg) erklärt und nach Beseitigung der Auswertungsprobleme der Stadt Siegen erstmals einen auswertefähigen Datenabgleich zum Stand 31.03.1999 zur Verfügung gestellt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 5.1 – Allgemeine Sozialhilfe – wurden angewiesen, im Falle von schadhafte Parallelbezügen aufgrund unrichtiger oder verschwiegener Angaben des Hilfeempfängers wie folgt zu verfahren:

1. Schritt Gespräch mit dem Hilfeempfänger zum Sachverhalt sowie Neufestsetzung der Leistung
2. Schritt Neufestsetzung der Leistung bei gleichzeitiger Rückforderung zuviel gezahlter Sozialhilfebeträge
3. Schritt Neufestsetzung und Rückforderung und Erstattung einer Strafanzeige

Jahresergebnisse der Datenabgleiche gem. § 117 BSHG im Überblick:

Jahr	Fälle	ermittelte Überzahlung (DM)	Einstellungen der Sozialhilfe	Strafanzeigen
1999	129	550.000,00	17	21

2000*	80	221.000,00	11	23
2001**	72	69.000,00	16	5
Summe	281	840.000,00	44	48

Anmerkungen:

- *) Aus organisatorischen Gründen hat der VDR Würzburg für das I. Quartal 2000 keinen Datenabgleich vorgenommen.
- **) Der Datenabgleich für das IV. Quartal 2001 ist am 27.02.2002 übermittelt worden. Wegen der zeitintensiven Einzelfallprüfungen liegen die Ergebnisse noch nicht umfassend vor.

Das Fazit der bisherigen Praxis des Datenabgleichs zeigt folgende Erkenntnisse bzw. Tendenzen:

- ◆ Mit Hilfe des Datenabgleichs kann wirksam und effektiv Missbrauch aufgedeckt und von missbräuchlicher Inanspruchnahme abgeschreckt werden.
- ◆ Die überwiegende Mehrzahl der Hilfeempfänger (1999: 95 %, 2000: 97 %, 2001: 97 %) gibt dem Sozialamt gegenüber ihre Einkünfte korrekt an.
- ◆ Die Zahl der schadhaften Parallelbezüge und die Beträge der überzahlten Sozialhilfeleistungen sind stark rückläufig.

Nicht erfasst von dem automatisierten Datenabgleich nach § 117 BSHG werden Missbrauchsformen, die ihre Ursachen in dem Verschweigen einer eheähnlichen Gemeinschaft oder in der Manipulation von Unterkunftskosten oder einmaligen Beihilfen haben.

Dazu dürfen die Sozialämter nach § 20 SGB X den Sachverhalt von Amts wegen ermitteln und sie können Art und Umfang der Ermittlungen selber bestimmen.

Die Umsetzung eines Maßnahmekonzeptes des Fachbereichs vom 22.04.1998 (Bildung eines Ermittlungsdienstes zur Bedarfsfeststellung sowie zur Bekämpfung/Verhinderung von Sozialhelfemissbrauch) ist daran gescheitert, dass über die Finanzierung keine Einigung erzielt werden konnte.

Soweit konkrete Verdachtsmomente bestehen, führen daher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 5.1 – Allgemeine Sozialhilfe – unangemeldete Hausbesuche durch, um Anhaltspunkte für das Bestehen einer eheähnlichen Gemeinschaft zu ermitteln oder einen konkreten Unterkunftskostenbedarf oder von Hausrat und Möbel vor Ort festzustellen.

Diese „Ermittlungsverfahren“ verursachen einen erheblichen Zeitaufwand und sind sehr arbeitsintensiv, da im besonderen die Rücknahme von rechtswidrigen Bewilligungsbescheiden, die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen und die Neufestsetzung von gesetzeskonformen Leistungen sowie die Rückforderung zuviel gezahlter Leistungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern qualifizierte Fachkenntnisse und eine hohe soziale Kompetenz erfordern.

Fazit:

Die intensive Nutzung der gesamten dargestellten Instrumentarien ermöglicht trotz des hohen Arbeitsaufwandes sowohl unbewusstes Verschweigen zusätzlicher Leistungen als auch bewussten Missbrauch zu überprüfen. Gleichzeitig wird der Hilfeempfänger für eine gewissenhafte Aufdeckung seiner Einkommens- und Vermögensverhältnisse und für den Wahrheitsgehalt seiner leistungsrelevanten Auskünfte

und Mitteilungen sensibilisiert und von missbräuchlicher Inanspruchnahme der Sozialhilfe abgeschreckt.

Die in der Öffentlichkeit kursierenden unterschiedlichen Vorstellungen über die Art und den Umfang von Sozialhilfemissbrauch werden anhand der Ergebnisse relativiert und teilweise widerlegt, wonach ein Leistungsmissbrauch von weniger als 5 % nachgewiesen werden konnte.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2 Datum
Fachbereich Fachbereichsleiter 5 07.06.2002
Bearbeitet von: Frau Wilhelm/Controlling Herrn Fi-
scher

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
--	-------------------

Jugendhilfeausschuss	02.07.2002
-----------------------------	-------------------

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5 - So-
ziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt und der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nehmen den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5 – einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im Verwaltungshaushalt werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30. April des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Ergänzend wird hierzu auch auf die Budgetübersichten der einzelnen Abteilungen Bezug genommen (siehe Anlage).

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Verwaltungshaushalt:**Bewirtschaftungsstand 30.04.2002**

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	11.530.374	7.045.496			11.033.239	-497.135
Sonstige Finanzeinnahmen	983.000	357.107			914.161	-68.839
Einnahmen gesamt	12.513.374	7.402.603	0	0	11.947.400	-565.974

Sonstige Personalausgaben	19.050	4.411			19.050	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.410.257	839.019			1.428.211	17.954
Zuweisungen und Zuschüsse	34.899.850	21.664.927			35.485.746	585.896
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	36.329.157	22.508.357	0	0	36.933.007	603.850

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-23.815.783	-15.105.754	0	0	-24.985.607	1.169.824
--------------------------------------	--------------------	--------------------	----------	----------	--------------------	------------------

Im Bereich der sozialen Sicherungen sind – wie in den letzten Jahren – Prognosedaten zum Frühjahr/Frühsummer des Haushaltsjahres noch äußerst risikobehaftet.

Entscheidend wird letzten Endes sein, ob und in welchem Umfang entsprechende Zuweisungen erfolgen. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Verwaltung der entsprechenden Einrichtungen. Darüber hinaus wird entscheidend sein, inwieweit sich die Eckdaten zur Gewährung von Sozialhilfeleistungen innerhalb des Kreises Siegen-Wittgenstein entwickeln (Kostenbeteiligung der Stadt Siegen).

Im Bereich der Jugendhilfe ist die Entwicklung der Haushaltsdaten nach wie vor geprägt von den Kosten der Erzieherischen Hilfen (UA 455/456) und den Betriebskostenzuschüssen zu den Kindertageseinrichtungen.

Für den Bereich der Förderung der Kindertageseinrichtungen zeichnet sich ab, dass mit einem zusätzlichen Mittelbedarf aufgrund der festgelegten Vorauszahlungen 2002 und unter Berücksichtigung der Abrechnungen für das Haushaltsjahr 2000/2001 zu rechnen ist.

Als Gesamtaussage bleibt somit festzuhalten, dass der Vollzug des Haushaltsplanes 2002 zum jetzigen Zeitpunkt äußerst risikobehaftet ist und nicht auszuschließen ist, dass ein zusätzlicher Zuschussbedarf entstehen kann.

Wie aber auch in den vergangenen Jahren wird erst nach Auswertung des II. Quartals 2002 unter Einbeziehung der Planungsdaten des III. Quartals 2002 eine präzise Aussage getroffen werden können.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
 Fachbereichsleiter 5
 Soziales, Familie, Jugend, Wohnen

Anlagen: 5